

Vorderbergen soll eine Strasse erhalten

In Vitznau droht Gefahr von den Wildbächen. Am Infoabend vom Montag wurde erklärt, was zum Schutz der Bevölkerung geplant ist.

Silvia Camenzind

Der Erdbeben vom Juni 2024 gab den Ausschlag, mit dem Hochwasserschutz in Vitznau vorwärtszumachen. Die Verantwortlichkeiten dafür liegen zum grossen Teil beim Kanton Luzern. Die Turnhalle in Vitznau war am Montag nicht mehr überfüllt, wie direkt nach dem Ereignis Gassrübi, aber mit rund hundert Personen gut besetzt.

Gemeindepräsident Herbert Imbach betont, dass bei dieser Verbundaufgabe ein ganzes Puzzle zusammenspielen muss. «Je nachdem, wie man zählt, haben wir in der Gemeinde fünf bis acht Wildbäche, die Gefahren auslösen können, das ist einmalig im Kanton Luzern.»

Christoph Knellwolf, Verkehr und Infrastruktur Luzern (vif), ist Projektleiter des Gesamtprojektes. Der Hebel, an dem er ansetzen kann, sind die Hochwasserschutzmassnahmen, die teils bereits angegangen wurden oder geplant sind. Gefragt ist aber auch die Initiative der Grundeigentümer. Der Objektschutz liegt bei ihnen. Sie müssen ihre Häuser schützen. «Wir sprechen nicht nur von Sachschaden, sondern auch von Personenschaden», gibt Knellwolf das Personenrisiko in Vitznau zu bedenken.

Ein Wohnhaus muss verschoben werden

In Vitznau sind Murgänge das grosse Risiko, die Bäche meist kanalisiert, Wasser und Material wird direkt durchgeleitet in den See. Doch jeder Bach hat seine Eigenheiten und braucht andere bauliche Massnahmen. Eines ist klar: «Ohne Erschliessungsstrasse wären wir in der Gassrübi nie so weit», betont Knellwolf. Dank der Strasse, die von Gersau nach Hinterbergen führt, konnte schwere Maschinen ins Erdbebengebiet fahren. Bäche wurden umgeleitet, neue Leitdämme realisiert. Zudem muss ein Wohnhaus aus der Gefahrenzone verschoben werden. Das Gebiet wird seither permanent überwacht. So schnell wie möglich wird als Sofortmassnahme im Altdorfbach ein neuer Geschiebesammler gebaut.



Die Visualisierung zeigt, wie sich der neue Geschiebesammler im Altdorfbach präsentiert. Er entsteht oberhalb der Talstationen der Vitznauer Luftseilbahnen. Bild: PD



Eine Traube von Interessierten formiert sich um Christoph Knellwolf, der erklärt, dass in Vorderbergen eine Strasse gebaut werden muss, um die Arbeiten ausführen zu können.



Die Gefahrenkarte interessiert an der Infoveranstaltung. Kathrin Habegger, Praktikantin Naturgefahren Kanton Luzern, gibt Auskunft. Bilder: Silvia Camenzind

«Wir wollen nun auch in den Vorderbergen eine Zufahrtsstrasse schaffen», sagt der Gesamtleiter. Die genaue Linienführung sei noch zu definieren. Die Strasse erlaubt, im Plattenbach und Widibach und weite-

ren kritischen Stellen die Hänge zu entwässern und Sammler zu bauen. Zudem kann bei einem Ereignis mit Baggern, die Material aus dem Bach schaufeln, rasch die Gefährdung reduziert werden. Im Chalibach, wo eben-

falls die Schutzdämme ausgebaut und neue Dämme erstellt werden sollen, ist der Bau einer Schutzgalerie geplant. Die gesamten Arbeiten ziehen sich über die nächsten zehn Jahre hinweg. Der neue Geschiebesammler im

Altdorfbach soll bis Ende 2027 realisiert sein. Herbert Imbach gibt zu bedenken: «Sollte die Gassrübi in Bewegung kommen, ist das Material in zehn Minuten im Geschiebesammler.» Um die Menschen, die am Ufer des Altdorfbachs leben, zu schützen, gibt es im gesamten Bach eine Alarmanlage. «Die Alarmanlage ist ein komplexes Gebilde», sagt er weiter und kommt auf die zwei Fehlalarme im April zu sprechen.

Fehlalarme mindern Vertrauen ins System

Weshalb im Zuge eines Umbaus der Alarmanlage die Hörner ungewollt losgingen, erklärt Alois Geierlehner von der Geopraevent AG. Bauarbeiten seien wie eine Operation am offenen Herzen, wurde erklärt. Doch Fehlalarme mindern das Vertrauen in das System. Und die Gemeinde, die nicht informiert war, wurde laut Imbach «auf dem falschen Fuss erwischt». Bei einem Alarm müssen sich die Leute, die am Bach wohnen, ins Obergeschoss begeben. Eine Handvoll Leute müssen sogar ihre Häuser verlassen. Sie werden persönlich kontaktiert. Herbert Imbach betonte, dass die Anlage nochmals ganz bewusst getestet werde und er hoffe, dass der Ernstfall nie eintrete.

In welcher Zone steht mein Haus?

In Vitznau lebt der grösste Teil der Bevölkerung in einer Gefahrenzone. An verschiedenen Stationen konnten sich die Teilnehmenden im Anschluss individuell informieren. Es ging um die Fragen: In welcher Zone steht mein Haus? Wie kann ich es schützen? Welche Schutzmassnahmen sind am Bach, an dem ich wohne, geplant? In der Schlussrunde kommt die Frage auf: «Was passiert, wenn die Strasse in den Vorderbergen nicht realisiert wird?» Christoph Knellwolf insistiert: «Wir setzen auf die Strasse.» Eine weitere Frage: «Wie informiert man Feriengäste in Ferienwohnungen und Airbnb, die nur kurz in Vitznau weilen?» Da soll ein Infoblatt in verschiedenen Sprachen über die Gefahrenlage aufklären.

«Ich schaue der Klärung optimistisch entgegen»

Nun äussert sich SVP-Bezirksrat René Hunziker, unterstützt von der SVP Küssnacht, zu den Vorwürfen gegen seine Person.

Edith Meyer

In einer Medienmitteilung gab der Küssnacher Bezirksrat am Dienstagabend bekannt, dass er beim Regierungsrat mit einem 60-seitigen Dossier ein Disziplinarverfahren gegen Bezirksrat René Hunziker eingeleitet hat.

In den letzten Jahren habe Hunziker vermehrt durch Verfehlungen und Missachtungen des Kollegialitätsprinzips den Ratsbetrieb belastet. Bei der Staatsanwaltschaft reichte der Bezirksrat zudem eine Strafanzeige gegen René Hunziker ein, dies wegen Amtsgeheimnisverletzung (wir berichteten). Es gilt die Unschuldsvermutung.

Bezirksrat René Hunziker nimmt Stellung dazu: «Mir geht es gut. Ich bin selbstverständlich unter Druck und angespannt.» Er sei nach wie vor von seiner Unschuld überzeugt und glaube, dass die Vorwürfe ins Leere laufen werden. «Ich habe mir nichts vorzuwerfen und hoffe auf eine zügige Klärung der laufenden Verfahren», betont Hunziker. Zu den laufenden Verfahren sage er nichts. Jedoch: «Die erneute Medien-



Der Küssnacher SVP-Bezirksrat René Hunziker ist sich keiner Schuld bewusst. Bild: Edith Meyer

mitteilung von gestern ist nicht hilfreich für die Zusammenarbeit im Bezirksrat», fügt Hunziker hinzu. Er spüre eine grosse Unterstützung von der Bevölkerung und schaue der Klärung optimistisch entgegen.

SVP Küssnacht kritisiert Bezirksrat

Nicht einverstanden mit dem Vorgehen des Bezirksrats ist die SVP Küssnacht: «Der Regierungsrat hat in seiner

Funktion als Aufsichtsbehörde, vertreten durch Landammann Michael Stähli (Mitte), unmissverständlich klargestellt, dass der Ausschlussversuch rechtswidrig war», sagt Samuel Lütolf, Kantonsrat und Vizepräsident der SVP Küssnacht. Die Reaktion des Bezirksrats nach dem Entscheid mit Medienmitteilung am 13. Mai sei unsachlich und diffamierend. Bei den Vorwürfen gegen Hunziker handle es sich um unbelegte Parteibehauptungen. «Statt zur

Deeskalation beizutragen, wird René Hunziker jetzt auf üble Art durch den Dreck gezogen und die Zusammenarbeit unnötig erschwert», führt Lütolf aus. Dieses Vorgehen sei total unprofessionell und unverständlich. Der Bezirksrat solle zur Sachlichkeit zurückkehren und im Interesse der Bevölkerung zusammenarbeiten.

Laut der SVP dürfen persönliche Konflikte die Amtsführung nicht länger belasten. «Die wiederholten, tadelnden Appelle von Bezirksammann Oliver Ebert an den Regierungsrat wirken anmassend und belasten das Verhältnis zum Kanton unnötig. Persönliche Konflikte und emotionale Reaktionen dürfen nicht länger Schaden anrichten», meint Lütolf.

Nun erwarte die SVP Küssnacht, dass auch René Hunziker zur Deeskalation beitrage und sich konstruktiv in die Ratsarbeit einbringe. Der Regierungsrat solle den Fall umfassend aufklären und gleichzeitig eine vermittelnde Rolle übernehmen, um die Zusammenarbeit im Bezirksrat wieder sicherzustellen.

Bezirksammann Oliver Ebert äussert sich zur aktuellen Situation und zum Statement der SVP Küssnacht wie folgt: «Die Einschätzungen von Samuel Lütolf sind nicht korrekt und müssen zurückgewiesen werden.»

«Vorwürfe sind nicht aus der Luft gegriffen»

Es handle sich nach wie vor um ein laufendes Verfahren, und es sei eine separate Strafanzeige eingereicht worden, die ebenfalls noch hängig sei. «Die Vorwürfe sind also nicht aus der Luft gegriffen. Zudem geht es vorliegend nicht um meine Person, sondern um einen Konflikt zwischen René Hunziker und allen übrigen Mitgliedern des Bezirksrats», betont Ebert.

Aus Sicht des Bezirksrats seien die zusätzlichen Präzisierungen nötig gewesen. «Zudem wollten wir die Beweggründe des Bezirksrats besser umschreiben und die Ernsthaftigkeit der Ausgangslage unterstreichen. Die Aussagen der SVP Küssnacht zeigen, dass diese Klarstellungen nötig waren», fügt Ebert hinzu.